

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzelle.  
Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

# Sattler- und Portefeuiller-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 31 : 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Brüderstraße 10b : Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 2. August 1912

**Inhalt:** Beitragzahlung. — Streitnotizen. — Die skandinavische Generalversammlung. — Der fünfte Verbandsstag der Tapizerier. — Zur Reichstarbeitskommission für Lederarbeiter. — Streiks und Lohnbewegung. — Das Handwerk und Handel. — Korrespondenzen. — Rechtsprechung. — Zusammenfassung des Centralvorstandes. — Abstimmung. — Briefkasten der Redaktion. — Sterbetafel. — Verlammungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Rummee bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabend nachmittag in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 4. bis 10. August ist der 32. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keine Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse erachtet, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Görlitz. Der Kampf in der Waggonfabrik dauert unverändert fort.

Hannover. Die Sattelmacher und Geschirrfächer der Firma H. B. Schüle stehen noch im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Offenbach a. M. Die Militärfestenfabrik (Firma Mauch) ist gesperrt.

Autosattler werden ersucht, die Werke von Nade in Koswig i. S. zu meiden.

Ausland.

Göteborg (Schweden). Hier stehen 150 Reiseartikelsattler im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

## Die Skandinavische Generalversammlung in Christiania.

Unsere nordischen Brüder hielten in der Woche vom 14. Juli ihren Verbandsstag ab. Schon die Zusammensetzung des Kongresses zeigt unseren Versammlungen gegenüber ein ganz anderes Gepräge. Abgesehen von der Zusammensetzung der drei skandinavischen Länder, Dänemark, Schweden und Norwegen, sind in dieser Organisation Sattler, Portefeuiller und Tapizerier vereinigt. Die industrielle Entwicklung dieser drei Länder ist noch nicht soweit vorgeschritten wie bei uns. Zwar sind hier auch starke Anlässe vorhanden, so sind z. B. in Göteborg 180 Reiseartikelsattler beschäftigt, von denen zurzeit 150 schon die sechste Woche im Streit stehen. Spezialisierte Ausstellungen des Centralvorstandes weisen aber für eine ganze Reihe von Orten noch rückständige Zustände auf. So ist in Dänemark infolge seines landwirtschaftlichen Charakters das Post- und Logiswesen noch durchweg anzutreffen. Am allgemeinen liegen die Verhältnisse aber so, daß die beiden Hauptberufe sich ganz gut in einer Organisation vereinigen lassen. Für uns Deutsche ist die starke Vertretung auf dem Verbandsstag auffällig. Die Ortsgruppen der drei Länder sind durch 52 Delegierte vertreten. Der Hauptvorstand ist in seiner Gesamtheit von 12 Mitgliedern aufgestellt und hat außer den Abstimmungen über den Rechenschaftsbericht in allen Fragen Stimmrecht. Die Gesamtorganisation zählt gegenwärtig 2165 Mitglieder gegen 2472 im Jahre 1907. Demzufolge ist die Organisation um 367 Mitglieder zurückgegangen. Der Rückgang ist nur eine Folgerrscheinung des großen wirtschaftlichen Kampfes in Schweden im Jahre 1910, und sind hier hauptsächlich die jungen Leute gezwungen worden, außer Landes zu gehen, und andertheilig haben sie sich der Organisation abgewendet. Nach dem vorliegenden Bericht zu der letzten Generalversammlung von 1907 in Stockholm gehörten dem Verbande auch etliche hundert Lehrer an. Die Organisation zählt gegenwärtig 89 Verwaltungsstellen, davon 45 in Dänemark, 32 in Schweden und 12 in Norwegen. Für den ganzen Stand der Organisation kann weiter angeführt werden, daß in den Städten wo Verwaltungsstellen bestehen, in Dänemark nur 65, in Schweden (ausgeschlossen Stockholm) 77 und in Norwegen 41 unorganisierte Berufsgenossen vorhanden sind.

Im Laufe der fünfjährigen Berichtsperiode hat die Organisation eine große Anzahl von Lohnbewegungen durchgeführt und mußte in sehr vielen Fällen zum leichten Mittel, zum offenen Kampf, geschritten werden. Im Vordergrund steht allerdings der schwedische „Großstreit“ resp. Aussperrung vom Jahre 1910, welcher der Organisation annähernd 30 000 M. kostet hat. Außerdem wurden noch langwierige Kämpfe — in Göteborg in der dortigen Reiseartikelfabrik 10 Wochen lang, in Kristiania ein siebenwöchiger Streit — durchgeführt. Insgesamt waren an den Lohnbewegungen 2910 Mitglieder, an den Streiks 511 Mitglieder beteiligt. Die Kosten dieser Bewegungen und Streiks belaufen sich auf circa 96 000 M., eine verhältnismäßig hohe Summe für die kleine Organisation.

An Beiträgen waren in dem Zeitraum 175 000 Mark und an Extrabeiträgen wurden 37 500 M. ausgebracht. Von den Ausgaben kommen nach in die Hauptkasse die Reiseunterstützung in Betracht, wo 14 700 M. ausgezahlt wurden, desgleichen die Beerdigungsbeihilfe, die 5000 M. erforderte. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht für alle drei Länder obligatorisch eingeführt, sondern nur für Dänemark durch die Gründung einer besonderen Arbeitslosenkasse geregelt. In Schweden und Norwegen ist nur in einzelnen Ortsverwaltungen durch lokale Einrichtungen diese Unterstützung eingeführt. Die dänische Arbeitslosenkasse hatte in den fünf Jahren eine Einnahme von 97 251 Kronen. Darunter befinden sich ein Staatszuschuß von 24 251 Kronen und ein Zuschuß von den Kommunen in Höhe von 12 695 Kronen. Das Gesetz bestimmt, daß den Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen, ein Drittel der Summe zurückgestattet wird. Allerdings ist dabei Voraussetzung, daß auch nicht organisierte Arbeiter Zutritt zu der Arbeitslosenkasse haben, d. h. daß sie nur verpflichtet werden können, den besondern Beitrag zu dieser Kasse, welcher 20 Ore beträgt, zu bezahlen. Dieser Fall tritt aber so gut wie gar nicht ein, und gehören alle Mitglieder der Arbeitslosenkasse auch der Organisation an. Die Organisation zählte an Arbeitslose circa 84 000 M.

Auch werden eine Reihe Verwaltungskosten aus dieser Kasse bezahlt. Es liegt nun sehr nahe, daß man auch in Schweden und Norwegen die obligatorische Einführung dieser Unterstützung anstrebt. Allerdings sind hierzu auch höhere Beiträge notwendig und zahlen die dänischen Kollegen schon seit langem 45 Ore.

In der Diskussion über den durch den Kollegen Nönni erstatteten Vorstandsbereich spielen taktische Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorstand und einzelnen Verwaltungsstellen eine große Rolle. Die Stellung des Verbandsvorstandes ist aber auf den Kongressen eine ganz andere wie bei uns. Dieser Vorstand sieht sich nicht nur aus Mitgliedern der Kopenhagener Verwaltungsstelle zusammengestellt, sondern es ist derselbe aus Mitgliedern der verschiedensten Städte der drei Staaten zusammengekehrt und werden die dieselben auf dem Verbandsstag gewählt. In der Regel tritt dieser Vorstand einmal im Jahre zusammen, um die wichtigsten Fragen zu erledigen. Im übrigen sind die beiden angestellten Funktionäre mit größeren Vollmachten ausgestattet. Nach zwei vollen Tagen ist die Rechenschaftsdebatte erledigt und endigt mit einem Vertrauensvotum mit allen gegen 5 Stimmen für den Hauptvorstand.

Ein Antrag der Kopenhagener Tapizerier ging darauf hinaus, die Auflösung der jetzigen Organisationsform durchzuführen resp. die Selbstständigkeit der einzelnen Landesorganisationen herbeizuführen. Man wurde das Gefühl nicht los, daß hätte der schwedische Großteil den Anlaß dazu gegeben. Nach einer fast einen ganzen Tag währenden Debatte wird der Antrag mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die Sattler in Kopenhagen beantragen, daß die einzelnen Länder ihre Streiks selbst führen sollen, sofern nicht mehr wie 5 Proz. der Mitglieder in Frage kommen. Auch dieser Antrag wurde stark bekämpft, wird aber einer aus den drei Ländern zu wählenden Kommission überwiesen.

Aus der Statutenberatung sei hervorgehoben, daß der feste Beitrag, welcher ganz an die Hauptkasse abgeführt werden muß und bis jetzt 30 Ore für alle drei Länder beträgt, auf 30 Ore erhöht wird. Die ursprüngliche Wünsche des Vorstandes, 10 Ore zu fordern, wurde aus taktischen Rücksichten zu den Anträgen auf Separierung der drei Länder zurückgezogen. Immerhin standen sich auch jetzt noch 10 Stimmen dafür. Es kam auch noch weiter in Frage, daß Schweden und Norwegen die Absicht geäußert haben, die Zentralisierung der Arbeitslosenkasse anzustreben, wodurch auch höhere Beiträge erforderlich werden. Ein Antrag der in den Staatsbahnen beschäftigten Tapizerier, für diese einen niedrigeren Beitrag einzuführen, infolge ihrer festen Stellung, wurde abgelehnt.

Als bemerkenswerter Punkt kann noch der Antrag der Kopenhagener Sattler hervorgehoben werden, welcher die Gründung einer Fachschule forderte. Diese Frage wurde in der Form erledigt, daß es den Antragstellern überlassen wird, bis zum nächsten Kongreß einen bestimmten Plan auszuarbeiten. Ferner wurde beschlossen, sich im nächsten Jahre auf dem internationalen Kongreß der dem Internationalen Sekretariat angehörigen Organisationen der Sattler- und Portefeuiller, welcher in Wien stattfindet, durch einen Delegierten vertreten zu lassen.

Die Frage der obligatorischen Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde am letzten Tage, dem 19. Juli, in gesonderten Landeskonzerten behandelt. Die Wichtigkeit dieser Materie wird durch

folgende Zahlen illustriert: In der Zeit vom 1. Juli 1907 bis 1. Juli 1912, also in fünf Jahren, zählte die Organisation für Dänemark 147.972, für Schweden 38.755 und für Norwegen 12.071 arbeitslose Tage. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug in Dänemark 1052, in Schweden 851 und in Norwegen 273. Aus diesen Ziffern in eine hohle Arbeitslosigkeit erkenntlich und einschneidende Reformen sind geboten. Die dänische Landesstifterung beschloß u. a. eine Erhöhung der Beiträge um 5 Ore, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, und zwar für 52 Beiträge auf 7 Kronen, für 104 Beiträge auf 9 Kronen und für 156 Beiträge auf 10 Kronen. Der Beitrag beträgt also für die dänischen Kollegen 55 Ore gleich 62 Pf. Für Schweden wurde eine Rundsummierung beschlossen und für Norwegen die obligatorische Einführung dieser Unterstiftung mit einem Beitrag von 20 Ore. Da die Eisverwaltungen für ihre lokalen Ausgaben, für Verwaltung und dergleichen auch noch Beiträge entrichten müssen in der Höhe von 15 bis 20 Ore pro Woche, so stellt sich der Beitrag im Durchschnitt höher als bei uns, ohne daß das Unterstützungsmaß so ausgebaut ist wie bei uns. Kopenhagen zahlt jetzt 75 Ore gleich 83 Pf. pro Woche.

Abschließend über den Kongreß kann gesagt werden, daß es für einen Deutschen eine wohltuende Erziehung ist, wenn er sieht, daß die Delegierten der Hauptstadt aus älteren, gesetzten Leuten bestehen, die in der Regel schon Jahrzehnte in der Organisation tätig sind. Noch stärker tritt dieses in der Ausdauerung des Hauptvorstandes hervor, wo einige Kollegen schon 12 bis 18 Jahre mit dem Kollegen Jönsson im Vorstand zusammenarbeiten. Eine charakteristische Erziehung ist Sven Olson, ein alter Schwede, der in den Kongreßtagen sein 60. Lebensjahr vollendet und von den Stockholmer Mitgliedern und den Kongreßdelegierten zum Zeichen der Anerkennung für seine langjährige Arbeit im Dienste der Organisation eine goldene Urkunde geschenkt bekam. Auch tritt im übrigen eine stark ausgeprägte Kollegialität unter den Landsmannschaften sowie auch im allgemeinen. Das bestreben, die Organisation tapferzähiger zu gestalten, stand auch hier im Vordergrunde. Die Erhöhung der Beiträge wurde im Sonderdruck beschlossen. Bei anderen Fragen dehnte sich die Diskussion schon etwas länger aus, doch verließ man der Sache schnell zum Ende zu verstehen, indem man die Riedzeit auf 2 Minuten beschränkt, eine Maßregel, zu der sich unsere deutschen Kollegen schwer verstehen würden. Diese Selbstzucht macht neben der freimütigen Kritik, die frei von persönlichen Motiven ist, einen guten Eindruck. In der Antwort auf die warmen Worte des Kollegen Jönson gaben wir diesem Empfinden Ausdruck mit dem Wunsche, daß die neuen Reformen in Skandinavien und Deutschland einen guten Boden finden mögen.

P. Blum.

## Der fünfte Verbandstag der Tapezierer

begann am 22. Juli seine Beratungen im Kölner Gewerkschaftshause. Nach dem gebrüder vorliegenden Rechenschaftsbericht hat sich dieser Verband außerordentlich gut entwidmet. Seine Mitgliederzahl stieg während der Berichtsperiode von 7844 auf 9711, so daß 60 Prog. aller männlichen Berufsgenossen freiwerkschaftlich organisiert sind. Bis zum 30. Juni dieses Jahres hat die Aufnahmesbewegung weiter anhalten. An diesem Termin gehörten 10.500 Mitglieder dem Verband an.

An Lohnbewegungen waren besonders die Jahre 1910 und 1911 sehr zahlreich. Insgeamt fanden in den drei Berichtsjahren 183 Bewegungen statt, die 3862 Betriebe mit 12.789 Kollegen umfassten. Von den 183 Kämpfen endeten 134 mit 12.088 Beteiligten erfolgreich, 9 mit 373 Kollegen mit teilweise und 23 mit 289 Beteiligten ohne Erfolg. Unbekannt blieb der Ausgang bei 17 Bewegungen mit 35 Beteiligten. Durch diese Kämpfe wurde erreicht: für 6510 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um 11.344 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung um 22.000 Ml. wöchentlich für 11.835 Kollegen. Die Kosten der Bewegungen betrugen insgesamt 140.175 Ml. Der Tarifbeitrag gewinnt im Tapezierergewerbe immer mehr an Ausdehnung; bereits zwei Drittel aller Betrieben arbeiten unter tariflichen Verhältnissen. Am Jahresabschluß 1911 unterlagen an 66 Orten mit über 11.000 Beschäftigten die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Regelung durch korporative Verträge mit Zusagen oder Arbeitgeberverbänden. Hierzu kommen noch eine Reihe Verträge mit einzelnen Firmen. Insgeamt bezog der Verband am 31. Dezember 1911 87 Tarife für 11.600 Beschäftigte. Nach dem Kassenbericht betrugen die Einnahmen 784.578 Mark und die Ausgaben 880.011 Ml. Für Unterstützungen wurden sehr hohe Summen ausgegeben.

So für die Arbeitslosenunterstützung 203.632 Ml., Stromunterstützung 32.270 Ml., Streifunterstützung 107.346 Ml. und Waffregelungsunterstützung 4428 Ml. Das Gesamtbudget des Verbandes liegt von 121.837 Ml. am Schluß des Jahres 1908 auf 231.922 Ml. am Schluß der Berichtszeit.

Zu den Debatten über den Vorstandsbericht wurde das Verhältnis zu unserer Organisation eingehend erörtert. Nach dem Bericht des "Vorwärts" hat Verbandsvorsitzender Spielder ausgeführt:

"Die Organisations der Kleber und Linoleumleger ist schwieriger. Bezüglich der Linoleumleger herrschen Differenzen mit dem Sattlerverband, da auch die Sattler Anspruch auf diese Kategorie machen. Die beiderseitigen Vorstände sind darum in Unterhandlungen getreten, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Zugestanden wurde bereits von dem Sattlerverband, daß Sattler, die im Laufe der Jahre sich dem Tapezierergewerbe zuwandten, auch dem Tapeziererverbande angehören sollen. Auch die auf den Werkstätten beschäftigten Polsterer sollen dem Tapeziererverbande überlassen bleiben."

An anderer Stelle heißt es dann weiter:

"Einen breiten Raum nahm die Besprechung des Verhältnisses zu dem Sattlerverband ein. Verlangt wurde, daß die Linoleumleger dem Tapeziererverbande überlassen werden. Differenzen bestehen auch in der Stapelbranche. Die hier beschäftigten Arbeiter gehören zum Teil dem Sattlerverband an. Das führt zu allerlei Missständen. So berichtete Schmidt-Berlin, daß in Berlin Matrosenarbeiter, die im Sattlerverbande organisiert sind, einen Tarif mit einem weit geringeren Satz als den, den die Tapezierer für die gleiche Arbeit erhalten, abgeschlossen haben. - Würzburg-Frankfurt am Main betonte, die Frage der Besoldung mit den Sattlern liege doch sehr nahe. Der Vorstand sei dieser Frage aber aus dem Wege gegangen. Die unequivalenten Differenzen mit den Sattlern müssen aus dem Wege geschafft werden."

Im Schlusssatz erklärte Verbandsvorsitzender Spielder, man müsse gegenüber den Sattlern an diesen Grundfängen festhalten: Dem Tapeziererverbande gehören alle im Tapezierergewerbe beschäftigten Arbeiter an, auch die Polsterer. Das Legen von Linoleum im Tapeziererarbeiten. Bezüglich Berlins, wo die Linoleumleger schon immer dem Sattlerverbande angehören sind, könnte man eine Ausnahme zulassen."

Beratungslauf zu diesen Neuerungen hat wahrscheinlich der Artikel: "Reichstarbeitskommission der Linoleumleger?" in Nr. 20 unseres Organs gegeben, der keineswegs eine Annexion der im Tapeziererverbande organisierten Linoleumleger bezeichnet, sondern in sehr objektiver Weise die Frage einer Reichstarbeitskommission erörterte, zwecks Erzielung einheitlicher Tarife und Löhne. Diese Kommission sollte aus Vertretern der verschiedensten Organisationen gebildet werden, da Linoleumleger auch noch dem Maler-, Holzarbeiter- und Bauarbeiterverbande angehören. Wir haben uns weder offiziell noch offiziös dazu geäußert, in der richtigen Annahme, man soll der Entwicklung nicht vorgehen. Wir sind der Meinung, wenn in diesem Gewerbe die Verhältnisse reif sind, werden die Linoleumleger selbst entscheiden müssen, ob sie für eine Reichstarbeitskommission sind. Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob sie unserem oder dem Tapeziererverbande angehören, oder wie verzeitigt der Fall ist, allen beihand und noch verschiedene andren. Die Verbandsleitung der Tapezierer erhielt aber in dem Artikel einen Angriff auf seinen Bestand und glaubte nun in sehr "fiktional" gehaltenen Entgegnungen zur Abwehr greifen zu müssen, obgleich sie nicht bestreitet, daß der Stamm der Linoleumleger und der größte Teil dieser Berufsgruppe unserm Verbande angehört. Trotzdem störten wir nicht in ihrem Vergnügen, geben nur noch eine Zuschrift des Brandenbaumans in Nr. 22 unserer Zeitung "Maur", die den Redakteur des "Korrespondenten-Blattes", Verbandsorgan der Tapezierer, wiederum zu einigen geistreichen Bemerkungen Veranlassung gab. Auch darauf wollten wir nichts erwidern, hielten es im Gegenteil für besser, ohne jede persönliche Spize über die Abgrenzung der Agitationsgebiete zu beraten, und die in Frage kommenden Mitglieder im Sinne der gefassten Beschlüsse zu beeinflussen, denn eine Vereinigung zwischen rechtlich denkenden Menschen ist doch leicht möglich. Aus diesem Grunde hat unser Vorstand mit dem des Tapeziererverbandes verabredet, nach den Verbandsberichten, die Angelegenheit endgültig zu erledigen. Es kann deshalb auch nicht davon die Rede sein, wir hätten bereits zugestanden usw. Doch es kommt manchmal anders wie man denkt. Die Tapezierer scheinen eine Staatsaktion zu belieben und soll das Verhalten seines Verbandes das nötige Körnchen Salz in dem Grenzstreitigkeitsbrei bilden. Die Verbandsleitung der Tapezierer wußte, daß ihr Vorsitzender diese Angelegenheit auf dem Verbandstage zur Sprache bringen wird, auch in der Kölner und

Düsseldorf Agitationssammlung wurde das Thema: "Welcher Linoleumleger Wer vertreibt eine Brancheninteressen?" vorans gelegt und behandelt. Hätte es nicht da den Eindruck der Willigkeit entstehen, unsre Verbandsleitung beginnen einen Vertreter nach Köln zu laden? Es ist nicht geschehen, viel mehr wird nach dem Bericht des "Vorwärts", den wir als authentisch hinnehmen, da eine andere Darstellung von der Leitung des Verbandes nicht erfolgt ist, logischer erklärt. „Den Tapeziererverbande gehören alle im Tapezierergewerbe beschäftigten Arbeiter an . . .“ Das Legen von Linoleum im Tapeziererarbeiten.“ Punktum. Gnädiglich will man bezügl. Berlins eine Ausnahme zulassen. Jeden Grund entbehrt auch die oben zitierte Behauptung bezügl. der billiger arbeitenden Matrosenarbeiter, die im Sattlerverbande organisiert sind. Vor uns liegen zwei Tarife und zwar der auf das gewisse spezialisierte Altertarif vom September 1911, abgeschlossen mit dem Verbande der Sattler und Portefeuillier und der Einheitstarif für Magazin- und Polsterarbeiten vom 12. April 1911, abgeschlossen mit dem Verbande der Tapezierer. Neben wenigen niederen Positionen weist unser Tarif zum größten Teil höhere Afordrungen auf. Ein Eingehen in Details ist jedoch nicht an Platze und wird den Interessenten bald Gelegenheit gegeben werden, in einer Berliner Branchensammlung mindestens ihre Vorwürfe zu beweisen. Eins sei aber heute schon festgestellt. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß im Sattlerverbande organisierte Matrosenarbeiter in Betrieben billiger arbeiten, als wie der vom Tapeziererverbande abgeschlossene Tarif vorsieht. Ebenso achten die organisierten Tapezierer dort auf Einhaltung unseres Tarifes, wo er eingeführt ist. Noch nie ist eine Klage unter den Kollegen über Konkurrenz laut geworden, weshalb wir wohl sagen dürfen, die Differenzen bestehen nur in der Einbildung einzelner Personen.

All diese auf Einfallsbereiche gestimmten Beduldigungen werden noch in dem kurz gehaltenen Bericht über den Verbandstag im "Korrespondenten-Blatt" Nr. 30 vom 27. Juli 1912 übertrumpft. Der Redakteur bezeichnet den Artikel des Kollegen Thiel als eine "Anforderung, eine Reaktion der Linoleumleger zu gründen". Schneeballartig nimmt die Grenzstreitigkeitsaffäre an Dimensionen zu, wer weiß, was noch daraus entsteht, bis die Delegierten zu Hause sind und ihren Mitgliedern Bericht erstatten? Wie meinen aber, wer mit solchen Mitteln arbeitet, die jeder Grundlage entbehren, muß sich seiner Sache doch nicht sicher sein. Für alle Beteiligten wäre es vorteilhafter, erst die verebbende Sibung beider Verbandsleistungen abzuwarten, um dann friedlich, friedlich eine Vereinigung zu erzielen. Die Tapezierer belieben es anders, mögen sie auch die Verantwortung tragen.

Am wohltuenden Bogenlauf zu dieser unerträglichen Debatte sieben die übrigen Arbeiten des Verbandstages.

Die Errichtung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volkssorge wurde begrüßt. Die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftstag beauftragt, die gegenwärtige Unterstützung bei Streiks durch Umlageversfahren, anstatt wie bisher durch Lizenzzammlung einzuführen. Die Trägerin dieser Ausgaben sind die Volksstufen und bleibt es den Filialen überlassen, in welcher Weise sie die Mittel aufzubringen. Der Abschluß von Zentraltarifen wurde für nicht wünschenswert gehalten. Annahme fand eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß bei fünfzig Tarifabschlüssen verzichtet werden soll, eine Mindestgrenze der Afordpreise durchzuführen, wobei mindestens der übliche Lohn garantiert werden muß. Die Berliner Delegierten traten für einen Anteil an, wonach Filialen von 300 Mitgliedern das Recht haben, ohne Genehmigung des Vorstandes in eine Lohnbewegung einzutreten. Dieses Antritt lehnte der Verbandstag ab. Beigleich der Arbeitsvermittlung fand eine Resolution einstimmige Annahme, wonach die obligatorisch paritätische Arbeitsnachweise als die erreichbarste Form der Arbeitsvermittlung anzusehen ist. Solange aber der Schuhverband der Arbeitgeber diesem entgegensteht, ist durch Errichtung von Verbandsarbeitsnachweisen die Arbeitsvermittlung zu organisieren.

Die Kosten der Gauleitungen übernimmt fortan die Hauptstufe. Antritte der Gaukonferenzen sollen Bezirkssonderungen treten. Eine Resolution wurde in Berlin betreffend Ursachen und Verhütung von Bevölkerungsüberschreitung im Tapezierergewerbe verlangt große, helle und luftige Werkstätten. Für jeden Beschäftigten sind mindestens 15 Kubikmeter Luftraum und fünf Quadratmeter Bodenfläche zu rechnen. Alle Werkstätten sind zu befeiligen. Die Werkstätten sind täglich nach zu reinigen. Der Anstrich der Wände ist öfter zu erneuern. Aufbereitung von Polstermaterial in der Werkstatt ist strikt zu verbieten. Als Zutratraum muß ein besonderer, leicht zu lüftender Raum mit hinreichendem Staubabzug vorhanden sein; auch sind möglichst Staubsengenverrichtungen zu beschaffen.

Altes Polstermaterial, besonders Rohhaar, ist vor dem Wiederverbrauch zu desinfizieren.

Eine Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband wurde gegen drei Stimmen abgelehnt; ebenso von einer Beitragszehrung wurde abgesagt, ebenso von einer Erhöhung bestehender Unterhüllungssteuer. Nur die Umzugsunterstützung wurde neu eingeführt. Mitglieder, welche wegen der Arbeitszeit am 1. Mai ausgesperrt werden, erhalten auf jede Woche Unterstützung aus der Verbandskasse, wenn z. B. der im Betriebe Beschäftigten organisiert sind, z. B. für die Arbeitszeit gestimmt haben und keine Unterstützung aus dem örtlichen Maifeierfonds erhalten. Die Verbundsteuerung wurde einstimmig wieder gewählt. Der nächste Verbandstag findet 1915 in Leipzig statt.

## Zur Reichstarifkommission für Linoleumleger

erhalten wir folgende Zuschrift:

Es ist nicht meine Absicht, die Frage der Tarifkommission der Linoleumleger zu einer ständigen Rubrik unserer Zeitung zu machen, doch zwingt mich die Antwort des „Korrespondenzblattes“ der Tapezierer auf meinen Artikel, noch einmal zu einer Erwiderung.

Denkt mich auf die Frage selbst einzulassen (denn das wird Sache der dazu berufenen Zuständigen sein) möchte ich bemerken, daß die Frage, ob die Linoleumleger den „Vormärts“ nicht lesen, mehr als überflüssig war, denn eine Bekanntgabe im „Vormärts“, selbst wenn sie von allen Kollegen gelesen wird, kann ihren Zweck nur teilweise erreichen, weil die Unternehmer schon vor Ausbruch eines Streiks sich mit Arbeitsträgern einzudecken suchen, oder wenigstens durch Verlangen von Preisofferten sich aus einem anderen Tarif die für sie günstigsten Positionen herauszusuchen, um damit einen Druck auszuüben. Dies zu vermeiden, war der Zweck meines Vorschlags. Wer etwas anderes herausgelesen hat, beweist, daß er an Gerechtigkeit leidet. Ich bin der Überzeugung, die ganze Streiterei ist nicht dazu angelegt, das gegenseitige Verhältnis zu verbessern. Ich habe die Hoffnung, daß es möglich ist, ein Zusammenarbeiten aller Linoleumleger zum Zwecke der Verbesserung ihrer Lebenslage zu erreichen.

Thiel.

## Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Lohnbewegung in der Aachener Treibriemenindustrie wird uns geschrieben: Die Kollegen der Treibriemenbranche gehören im allgemeinen zu den schlechtest entlohten Arbeitern unseres Berufes. Aber nur sehr wenige Fabrikationsorte sind es, wo so schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen bisher herrschten wie in Aachen. Zurückzuführen ist dies in der Hauptsache auf das mangelnde Organisationsverständnis, das bisher hier bestand.

Als wie im vorigen Jahre mit der Agitation einsetzen und einen besseren Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Aachener Kollegen gewonnen, erkannten wir die dringende Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Unternehmer anderer Orte hatten nicht ganz Unrecht, wenn sie bei Verhandlungen stets auf die Aachener Verhältnisse verwiesen. Die Arbeitszeit betrug teilweise über 10 Stunden pro Tag und der Stundenlohn schwankte zwischen 22 und 47 Pf.

Durch unsere Agitation fanden die Kollegen zu der Erkenntnis, daß diese Zustände auf die Dauer unhaltbar seien. Da es in der Treibriemenbranche sehr schwierig ist, die geeignete Zeit zu einer Lohnbewegung im Voraus bestimmten zu können, mußte mit den Vorbereitungen frühzeitig begonnen werden, um bei passender Gelegenheit den Arbeitgebern die Forderungen unterbreiten zu können. Gefordert wurden 10 Prog. Lohn erhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit. Außerdem noch einen Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung mit der Organisation ab, ebenso eine Verkürzung der Arbeitszeit. An Lohn erhöhung wollten sie nur 5 Prog. zugestehen. Eine Antwort auf unsere Forderungen an die Organisationsleitung zu geben hielten sie auch für überflüssig.

Es kam zur Einreichung der Kündigung. Während der Kündigungszeit wurden wiederholte Verhandlungen angebahnt, die aber nur bei zwei Firmen zu einem Ergebnis führten. Bei den anderen drei Firmen mußte erst die Arbeit niedergelegt werden.

Diesen Schritt hatten unsere Arbeitgeber in Aachen, wo das gewerkschaftliche Leben so wenig pulsirt, nicht erwartet. Die Stimmung folgte sofort um. Neue Verhandlungen konnten angebahnt werden und nach vierjährigem Streik konnten wir den Sieg auf der ganzen Linie verzeichnen. Zugleich haben wir auch die Anerkennung der Organisation ertrungen.

Gestern wurde ein Zuschlag von 10 Prog. auf den gegenwärtigen Lohn, auch für Altfordarbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit von 2 1/2 Stunden die Wode.

In unserem Kollegen liegt es nun, das Ereichte jetzt zu halten, die Organisation einzubauen und zu nutzen, damit zu gegebener Zeit weitere Erfolge erzielt werden können. Noch sind die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen anderen Plätzen nicht gleich. Dies zu erreichen muß aber unter Ziel sein.

Nur durch die Organisation haben wir diesen Erfolg erzielt. Nur durch die Organisation kann das Ereichte festgehalten werden. Nur durch die Organisation können weitere Erfolge erzielt werden.

Deshalb Kollegen Andreus: Die jeder seine Firma auch in Zukunft. Bejudt die Verhandlungen, stärkt die Organisation. Appliziert unablässig für den Verband der Sattler und Portefeuillen!

## Aus Industrie und Handel.

**Vom Aufschwung der deutschen Automobilindustrie.** Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Die deutsche Automobilindustrie war in der Lage, dank ihrer hochentwickelten technischen Leistungsfähigkeit ihren Umfang und ihren Abfluß in den letzten Jahren ganz gewaltig zu vergroßern. Wie Daimler, Benz, Dorch usw. haben sich in großem Maßstabe ausgedehnt. Daneben hat eine Anzahl von Unternehmungen, die früher im wesentlichen nur Fahreräder, Rahmenräder usw. herstellten, wie Dürkopp, Adler, Stoewer, Preußischer, die Automobilfabrikation aufgenommen und den neuen Geschäftszweig in wenigen Jahren zu hoher Blüte entwidelt. Auch unsere großen Elektricitätsfirma haben durchweg die Automobilfabrikation ihrem Geschäftsbereiche eingepfändert, so hat die A. G. die Neue Automobil-Gesellschaft gegründet, so haben die Siemens-Schuckertwerke die Prototypen erworben, und die Bergmann-Elektricitätswerk haben eine beliebige Automobiltype unter dem Namen Bergmann-Metallurgique nach Deutschland verpflanzt.

Es ist nun mit Genugtuung zu konstatieren, daß die deutsche Automobilindustrie infolge ihrer, den besten ausländischen Fabrikaten durchaus ebenbürtigen Leistungsfähigkeit nicht nur in der Lage war, die sehr beträchtliche Verbrauchsanzahl des Landes fast allein zu decken (man sieht in Deutschland jetzt fast nur noch Wagen einheimischen Fabrikats), sondern auch ihre Ausfuhr sehr erheblich zu erhöhen. Dies wird durch folgende, dem amtlichen statistischen Material entnommenen Zusammenstellungen der Wertzahlen des Außenhandels bewiesen:

### Einfuhr I. Semester

	1909	1910	1911	1912
Personenmotorwagen	4.682.000	4.245.000	4.916.000	6.124.000
Ladtmotorwagen	25.000	375.000	884.000	1.334.000
Motorfahrräder	66.000	50.000	180.000	116.000

### Ausfuhr I. Semester

	1909	1910	1911	1912
Personenmotorwagen	8.120.000	16.916.000	24.243.000	42.833.000
Ladtmotorwagen	826.000	1.220.000	1.724.000	3.056.000
Motorfahrräder	660.000	747.000	969.000	1.429.000

Danach hat sich die Einfuhr von Personenaufzähle in der Vergleichszeit während der letzten vier Jahren nur um etwa 30 Prog. erhöht, dagegen hat sich die Ausfuhr von 8.8 auf 42.8 Millionen Mark, also um mehr als 400 Prog. steigert. Die Ausfuhr ist scheinbar so groß wie die Einfuhr. Auch für Ladtmotorwagen und Motorfahrräder ist die Ausfuhr in ungleich stärkerem Maße gestiegen als die Einfuhr. Ausländische Personenautomobile werden nach Deutschland hauptsächlich aus Frankreich und Belgien, in kleinerem Maßstabe auch aus Italien und Österreich-Ungarn eingeführt. Lastautomobile hauptsächlich aus der Schweiz. Als Hauptimportländer für deutsche Automobile kommen Russland, Österreich-Ungarn, Brasilien, Großbritannien, Argentinien, die Niederlande und Rumänien in Betracht. Auch Dänemark, Belgien und Frankreich haben deutsche Automobile in namhaftem Umfang bezogen. Die Einfuhr deutscher Automobile nach Frankreich stellte sich im ersten Semester 1912 auf 1.874 Doppelzentner, die Einfuhr französischer Automobile nach Deutschland auf 3.289 Doppelzentner, so daß also die französische Einfuhr aus Deutschland etwa 40 Prog. der deutschen Einfuhr aus Frankreich ausmacht.

Was die Ausfuhr von gewöhnlichen Fahrrädern anlangt — eine Einfuhr ausländischer Fahrräder nach Deutschland findet nur in verschwindend geringem Umfang statt —, so ist sie in den letzten Jahren gleichfalls gestiegen, wenn auch bei weitem nicht in dem Umfang, wie die Ausfuhr von Automobilen. Es ergeben sich hier folgende Wertzahlen:

	1. Semester 1909	8.261.000	1. Semester 1911	10.556.000
	1910	10.061.000	1. 1912	12.116.000

Von den deutschen Fahrrädern sind die meisten nach den Niederlanden, nach der Schweiz und nach Russland ausgeführt worden.

## Korrespondenzen.

**Essenbach a. M. (E. 25. 7.)** Am Montag, den 22. Juli fand im Gewerbehaus unserer Quartalsversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Wurm, machte zunächst auf die noch dem Tarifvertrag für die Portefeuilles und Reiseattelleindustrie für die in Betrieb kommenden Lohnarbeiter folgende 3 prozentige Lohn erhöhung aufmerksam. Die sich etwas weigerten, die Kolstanten mussten unverzüglich auf dem Verbandsbüro zu melden. Des weiteren geht es auf den Auto Seeger aus der letzten Sitzung der Schlussversammlung ein, erinnert an die in München geführte Revolution betr. den freien Samstag und mittag und bedauert, daß die ernsthafte Lage gegen den Willen der bei Seeger beschäftigten Kollegen unabhängig gemacht werden müsse.

Der vom Kollegen Krüger erarbeitete Haushaltserhalt enthält einige bemerkenswerte Zahlen. Es wurden im 2. Quartal veranschlagt für Arbeitslosenunterstützung 492.760 M., für Artaufenthaltsunterstützung 17.30.15 M., an Beerdigungsbeiträge 115.00 M., Altenunterstützung 19.00 M. Die Gesamtaufnahmen und Ausgaben balancieren in diesem Quartal mit 954.95 M. Der Mitgliederbestand beträgt 1500 männliche und 154 weibliche, dazu kommen noch 80 Mitglieder der Lehrgangsabteilung.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung wurden die feierlichen Eröffnungen Wurm und Krüger per Ablösung einstimmig wiedergewählt, ebenso die seitlichen Mitarbeiter Wolter und Meissus.

Neber den Streit in der Militärfestungsfabrik von Wanzen u. Co. erhielt der Gewerber, Kollege Hörl, ein längeres Referat. Der Verlauf des Streits ist im großen und ganzen bekannt, so daß es sich erübrigt an dieser Stelle nochmals des Näheren darauf einzugehen. Da der an das Referat sich knüpfenden Diskussion erübrigt das Verhalten der Streitbrecher die schärfste Beurteilung und wird die vorläufige Aufrichterhaltung der über den Betrieb verhängten Sperrre als durchaus notwendig erklärt.

Unter Punkt Verschiedenes gibt es noch eine sehr lebhafte Auseinandersetzung zwischen den Kollegen Jung und Knothe, als Fortsetzung der von beiden Kollegen in unserer Zeitung erschienenen Artikel. Mit dieser Debatte, auf deren einzelne Details einzugehen hier zu weit führen würde, dürfte auch die unliebsame Zeitungspolitik zwischen den beiden Kollegen beendet sein.

Der Versammlungsbefehl war diesmal ein etwas besserer, läßt aber immer noch zu wünschen übrig.

Nochmals sei auf die über Maury u. Co. verhängte Sperrre hingewiesen. Kein Kollege darf der gesperrten Firma Rausreise dienen.

**Brandenburg a. H. (E. 26. 7.)** In der Versammlung vom 23. Juli d. M. beschäftigte sich die Kollegen der Firma Gebr. Reichstein mit der Führung der Frauenarbeit in der Auto-Abteilung. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß wir gegen die Einführung der Frauenarbeit nicht aufzutreten könnten, zumal schon sechs Mädchen in dieser Branche beschäftigt werden. Vielleicht müßte daraus gedrungen werden, daß für die Arbeit der Mädchen der selbe Preis gezahlt werde, wie für Männerarbeit. Andere Kollegen meinten, man müsse das Anlernen der Mädchen verweigern. Nach langer Diskussion wurde beschlossen dahin zu raten, daß den weiblichen Arbeitern höhere Löhne gezahlt werden, damit sie nicht als Konkurrenten den Männern gegenüber gebracht werden.

**Strasburg i. E. (E. 27. 7.)** Das verflossene erste Halbjahr war für die Filiale Strasburg ein äußerst reges und bedeutungsvolles. Die Perspektive, unter welcher wir in das neue Jahr traten, war nicht gerade die glänzendste. Vor uns lag die Tarifbewegung der Militärfärbler, die schon am Neujahr in kleinen Streitfragen ihre Schatten vorauswarf. Daß etwas Durchgreifendes geschaffen werden müsse, darüber war man sich allenfalls klar. Indessen herschte anfangs doch einige Unsicherheit infolge, als der Ruf nach einem Tarifvertrag hier schon seit Jahren erlangt und die Vorbereitungen dazu auch mittlerweile recht weit gediehen waren, es war jedoch niemals zu einem Resultat gekommen. Diese Erfahrungen hatten dazu beigetragen, daß sich der nötige Grundstock angefüllt, was denn in mancher fürstisch verlaufenden Versammlung recht deutlich zum Ausdruck kam. Die Einmütigkeit unter den Kollegen bei der diesjährigen Bewegung war indessen ganz allgemein und das sicherte vor vorherrschendem vorteilhaftem Ausgang des ganzen Unternehmens.

Auch bei der anderen hier in Frage kommenden Branche, den Autofärblern, machten sich Anzeichen bemerkbar, welche ein Vorgehen unsererseits in Erwägung ziehen ließ. Gefordert wurde die Sache noch durch das unruhige Verhalten des Kollegens Gertz des früheren Vorsitzenden von Kolmar. Letzterer sah seine Aufgabe darin, als Kolonnenführer die übrigen Kollegen in der unerhortesten Weise zu schikanieren.

und zu denunzieren. Die Löhne würden nach seiner Bejuridigung reduziert und überhaupt die ganzen Arbeitsbedingungen enorm verschärft werden. Er verfolgte damit den Zweck, sich im Betriebe die unbekümmerte Vorhersehung zu sichern und die übrigen Kollegen vollkommen unter seine Befehlsgewalt zu bringen. Nun hat er allerdings das Befehlsgewalt erreicht. Seine Handlungswise trieb die Kollegen zur Empörung und so kam es, daß wir früher in die Lohnbewegung hineingetrieben wurden, als dies beabsichtigt war. Die Lohnbewegung, welche mit einem blutigen Streik verbunden war, litt zu einem ungünstigen Abschluß, und fand somit auch die Zusage für uns einen unerhöhligen Abschluß.

Diese Vorgänge, auf welche wir heut mit Bekämpfung zurückblühen können, haben das Interesse am Verbandsleben wesentlich gefördert. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 20. Juli kam dies recht lebhaft zum Ausdruck. Die Bekämpfung war einberufen, um zur Gründung einer Volksfahrt Stellung zu nehmen. Durch die Erfahrungen, bei der Lohn- und Tarifbereinigung in den letzten Monaten gewiß, hatte der Vorstand die Gründung der genannten Institution in Vorschlag gebracht. Bis auf einige Änderungen in der Beratungsausgabe der Volksfahrtgelder wurde der Plan von der stark besuchten Versammlung gutgeheissen und einstimmig angenommen.

**Dresden.** (E. 27, 7.) Am 23. Juli besprach in einem zulast zweihundert Reiseten Arbeiterselbstverständnis und „Die Arbeiten- und Kapitalversicherung nach der neuen Reichsversicherungsordnung“. Der Konsulier, Kollege Beindl, gab die Abrechnung vom 2. Quartal, deren Richtigkeit die Reiseten bestätigte. Es wurde stolz darüber getrubt, daß die Beiträge in dem verlorenen Quartal sehr schlecht eingingen und der Wunsch ausgesprochen, dies nachzuholen. Nachdem noch der Vergnügungsausschuß die Abrechnung vom Peristabzuber gegeben, erfolgte die Neuwahl des Ausschusses. Sämtliche Kollegen wurden wiedergewählt, nur ein Kollege schied durch Krankheit aus und erfolgte für den Zoll Ersatzwahl.

**Freiburg i. Br.** (E. 27, 7.) In einer am 19. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung gab Kollege Busch-Leipzig Bericht von der Münchener Generalversammlung. In einer einhändigen Rede schilderte er den Gang und die Beschlüsse der Generalversammlung. Sie sich an den Bericht anschließend Diskussion war recht lebhaft. Es wurde gerügt, daß Kollege Schulz-Berlin einen freiberger Antrag in München als Rüffinn bezeichnete. Die kleineren Zahlstellen hätten manchmal Grund genug, Berliner Angelegenheiten als Rüffinn zu bezeichnen, denn nicht alle Weisheit kommt von Berlin. D. P. Werner fasste die Versammlung den einstimmigen Beschluss, ab 1. Oktober zu dem 55 Pf. Beitrag einen Volkszuschlag von 5 Pf. pro Woche zu erheben und einen diesbezüglichen Antrag beim Zentralvorstand zu stellen. Weiter gab es eine sehr lebhafte Debatte wegen des immerwährenden schlechten Versammlungsbuches; man einmal wenn der Gauleiter anwesend ist, halten es gewisse Kollegen für angebracht, zu erscheinen. Es ist nicht nur Interessensfeindschaft, sondern auch eine Portion Überbevölkerungsgefühl dabei, gewerkschaftliche Versammlungen nicht zu besuchen. Die Funktionäre müssen sich beinahe schämen, bei einem Worte ein Volks zu bestellen. Ein Vorschlag des Kollegen Busch, die Lonen zu dem Besuch aufzumuntern und sie an ihre Pflicht besonders zu erinnern, wurde auch zurückgewiesen, da diese Kollegen trotzdem den Versammlungen fernbleiben würden. Es muß bei diesen fest wieder etwas Besonderes los sein. Dachten wir, daß sie sich beschamen und fünftig fleißiger erscheinen, um nicht wieder Grund zum Flügen zu geben.

### Rechtsprechung.

**Schwarze Straße** demjenigen, welcher ... Nicht nur die Streitkammer im Rahmen dürfen für sich das Recht in Anspruch nehmen, wegen angeblicher Belästigung Arbeitswilliger geradezu ungerechter Strafen zu verhängen, auch der Eisen will sein möglichst dazu beitragen, Streitkämmer durch hohe Gefängnisstrafe zu bestrafen. Das Schöffengericht zu Görlitz verhandelte dieser Tage gegen einen am Streit in der Waggonindustrie beteiligten Eisenbahnarbeiter, welcher beschuldigt wird, in der Nacht zum 14. Juni, als ein Trupp arbeitswilliger „Katzmareks“ vom Bahnhof nach der Waggonfabrik abgebracht wurde, die Arbeitswilligen durch Erbverleugnung zu beeinflussen versucht zu haben, die Arbeit in der Fabrik nicht aufzunehmen. Er soll den Arbeitswilligen Schimpfwörter wie „Streitredner“, „Lumpenbande“ usw. zugesehen haben. Der Angeklagte, der damals Streitposten stand, betritt derzeitige gewesen zu sein, der die Neuertungen gelobt habe; nach den

Befindungen des Polizeiercavaliere Gläser und eines Arbeitswilligen war er aber als der Schuldige anzusehen. Der Ankläger beantragte zwei Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lewi, meinte, daß der § 151 der Gewerbeordnung hier nicht in Betracht komme, höchstens liege eine einfache Verleidung vor; mangels eines gezielten Strafantrages müsse aber der Angeklagte straflos aussehen. Das Gericht hielt ein Steckdelfest aus § 153 der Gewerbeordnung für vorliegend und verurteilte den Angeklagten, über den Strafantrag hinweggehend, zu einem Monat Gefängnis. Die Verteidigungen seien zu dem Zwecke getan worden, den Arbeitswilligen das Arbeiten in Görlitz zu erfordern. Mit Rücksicht auf die begleitenden Umstände sei die verhängte Strafe noch milde zu nennen.

### Gekanntmachung des Zentralvorstandes.

Hausklassiererkarten können solche Verwaltungen unseres Verbandes von der Hauptverwaltung beziehen, welche durch Hausklassierer die wöchentlichen Verbandsbeiträge erheben lassen. Bestellungen mit Angabe der benötigten Stückzahl sind sofort zu richten an Alfred Niedel, Berlin S. 16, Brückenstraße 10 b.

**Das Protokoll der Münchener Generalversammlung** kommt noch im Laufe dieser Woche zum Berland an die einzelnen Verwaltungsstellen. Da die Protokolle weder in Versammlungen verteilt, noch den Mitgliedern ins Haus gebracht werden, können Interessenten, soweit sie Mitglieder unseres Verbandes sind, unter Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches bzw. ihrer Mitgliedskarte von der Ortsverwaltung je ein Exemplar kostenlos in Empfang nehmen. Die Ortsverwaltungen haben die Abgabe der Protokolle im Mitgliedsbuch bzw. auf der Mitgliedskarte neben den Markenfeldern des Monats August 1912 zu bezeichnen.

### Der Zentralvorstand.

### Adressenänderungen.

**Obervor.** B. Hermann Grübel, Waldstr. 115.  
**Berlin.** Obmann der Treibriemenbranche ist Hermann Spiegel, Berlin N., Schiebelbeinerstr. 47.  
**Chemnitz.** B. Otto Krauß, Andreestr. 33 I.  
**Halle a. S.** R. C. Albert Krämer, Parstr. 16 II  
12-1 Uhr mittags, 6-7 Uhr abends. K. Ernst Jänicke, Landsberger Straße 66, v.  
**Koburg.** B. G. Brendel, Schenkgasse 2a.  
**Erfurt.** B. Rudolf Wilhelm, Veipacher Straße 115 I.  
K. Franz Schnar, Blücherstr. 59 I.  
**Ulm a. D.** K. Joseph Taglieben, Neu-Ulm, Maximilianstr. 17 III.  
**Düsseldorf.** B. Emil Jorezig, Vonkestr. 1, pte.

### Briefkasten der Redaktion.

Der Schlussartikel: „Die Statistik“ mußte für nächste Nummer zurückgestellt werden.

### Sterbetafel.

**Röthen.** Am 20. Juli verstarb der Sattler Mathias Gilleschen, 59 Jahre alt. Ehre seinem Andenken!

### Versammlungskalender.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir stets diejenigen Bekanntmachungen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns eingingen.

**Berlin.** Brauereiversammlungen. Dreieichenbranche: Sonnabend, den 10. August, abends 8½ Uhr, in Schulz Prachtäulen, Münzstr. 17, Eingang Königsgraben. — Milizärbranche: Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. Linoleum- und Teppichbranche: Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr, bei Weihnacht, Grünestraße 21. — Wagenbranche: Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelser 15.

**Aachen.** Samstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, Ecke Johanniter- und Paulusstraße.

**Bona.** Samstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Deutscher Hof“, Kölnstr. 52.

**Dresden.** Sonnabend, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Grünes Bergel“, Augustusstraße 29.

**Göttingen.** Sonnabend, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Ludwigshalle“, Ludwigstraße.

**Dortmund.** Samstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Germaniahalle“, Nordstr. 1.

**Eifel-Ruhr.** Samstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Reit. Schnerring“, Rheinische Straße.

**Würzburg.** Sonnabend, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Goldenes Kreuz“, Lange Straße.

**Hagen i. W.** Samstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Zum Wartauer“, Goldbergstraße.

**Halle a. S.** Sonnabend, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Vollspark“.

**Hanau.** Montag, den 5. August, Versammlung im „Engel“. Tagesordnung: 1. Vericlesratung vom Verbandstag in München. 2. Das Hausratsgesetz. 3. H. 3. Verschiedenes.

**Röthen.** Samstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Volkshaus“, Severinstraße.

**Königsberg i. Pr.** Dienstag, den 6. August, abends 8½ Uhr, „Helfertrug“, Krönchenstraße 4.

**Mülheimer.** Mittwoch, den 7. August, abends 8½ Uhr, „Hollenberg“, Dickswall 6.

**München.** Samstag, den 10. August, abends 8½ Uhr, „Lamparten“.

**Nürnberg.** Montag, den 5. August, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

**Potsdam.** Donnerstag, den 8. August, abends 8½ Uhr, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

**Zeitz.** Sonnabend, den 10. August, abends 8½ Uhr, bei Kämpfe, Schützenstraße.

### Anzeigen

### Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 17. August 1912:

### Mondschein-Fahrt

per Dampfer mit Musik nach dem herrlich gelegenen Blumengarten in Oberschneweide.

II: **Garten-Konzert und Feuerwerk.** ::  
Früh von 2-3 Uhr: **Gemütlicher Kaffeeklatsch.**

Billets, gültig zur Hin- und Rückfahrt, inklusive Tanz 50 Pf. sind im Bureau sowie bei den Wertstättvertreutensleuten zu haben.

Afahrt pünktlich 8½ Uhr abends von der Anlegestelle der Firma Kahn & Herzer, Stralauer Brücke an der Wallen-Brücke. Afahrt fällt 5 Uhr.

Gähreiche Beteiligung erwartet

**Das Komitee.**

Selbstständiger, zuverlässiger und tüchtiger Sattler

auf bessere Holzkoffer bei guter Bezahlung sofort geucht. Offeren mit Zeugnissen A. 33, hauptpostlagernd Stuttgart.

### Junger Portefeuiller

für London gesucht auf gelöste Damestaschen. Nur tüchtige Arbeiter wollen sich melden. Dauernde Stellung bei zufriedenstellender Leistung. Offeren an

O. Karthäuser,  
21-23 College Str. York Rd. London SE.

### Georg Weihnachts Bierhaus, Grünstr. 21.

E. Weiß, Bayrisch-, Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Central-Krankenkasse der Sattler und der Gräberverband des Verbands der Sattler. Zahlstelle des „Frieden-Vereins“.